

# Wo wird das Lager für unseren Atommüll sein?

Am 17. März 2023 fand in Wien eine Veranstaltung zur Endlagersuche für Österreichs radioaktive Abfälle statt.

Seit dem Inkrafttreten der Nuklearen Abfallrichtlinie 2011/70/Euratom ist auch Österreich gefordert, eine Lösung für die sichere Entsorgung der hierzulande anfallenden radioaktiven Abfälle (hauptsächlich aus Medizin und Technik) zu finden. Derzeit läuft ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Österreich, weil das Nationale Entsorgungsprogramm in etlichen Punkten die Richtlinie 2011/70/Euratom nicht ausreichend umsetzt.

Seit 2021 und bis vorerst Juni 2024 arbeitet der Entsorgungsbeirat ([www.entsorgungsbeirat.gv.at](http://www.entsorgungsbeirat.gv.at); Informationen zu den Abfällen sind hier verfügbar) an der Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle in Österreich, die Evaluierung der technischen Möglichkeiten der Entsorgung und die Ausarbeitung eines möglichen Zeit- und Ablaufplanes: Wie und wo sollen sie endgelagert werden? Der Weg dahin soll höchsten fachlichen Ansprüchen genügen und die Öffentlichkeit beteiligen. Deshalb fand diese Veranstaltung statt, an der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Politik teilnahmen: Vertreter:innen fast aller österreichischen Antiatom-NGOs, auch der Wiener Plattform Atomkraftfrei, Mitglieder des Entsorgungsbeirates und des BMK Abt. V/8 Strahlenschutz. Organisiert und moderiert wurde das Treffen von den Vertreter:innen der Zivilgesellschaft im Entsorgungsbeirat: Patricia Lorenz von GLOBAL 2000, Gabriele Mraz vom Österreichischen Ökologieinstitut und David Reinberger von der Österreichischen Umwelt- und Naturanwaltschaft.

Das Ziel der Veranstaltung war es, die Vorschläge und Ideen zu sammeln und in offener Diskussion mit dem Beirat zu erörtern. Dabei trat die allgemeine Problematik der Entsorgung von radioaktivem Müll ganz besonders hervor. Wenn wir schon in Österreich – ohne stromerzeugenden Atomreaktor und mit nur schwach oder mittel radioaktivem Abfall – so schwierige Fragen lösen müssen, um wieviel mehr müssen sich Länder mit bestehenden oder rückzubauenden AKWs Sorgen machen um die tickenden Zeitbomben in Atommülllagern?!

Die gravierendsten aufgeworfenen Fragen waren: Wie soll die Öffentlichkeit beteiligt werden? Wer soll über den Standort mitentscheiden? Die gesamte österreichische Bevölkerung oder nur Anrainer:innen? Vetorecht für Anrainer:innen? Die wissenschaftlichen Experten? Regelmäßige Bürgerkonferenzen? Soll es nur einen Ort für das Lager geben, oder zwei Orte, getrennt nach der Stärke der Radioaktivität? Wer entscheidet über die Art des Lagers, d. h. soll das Material tief vergraben werden: „Aus den Augen aus dem Sinn“, oder „rückholbar“, d. h. kontrollierbar sein? 2000 Jahre lang müsste die Strahlung zurückgehalten werden. Wie kann das nötige Wissen um vergrabene Fässer so lange erhalten werden? Das derzeitige Zwischenlager muss wegen Erdbebengefahr bis 2045 geräumt sein oder aber umgebaut werden. Gefahr droht auch von Terroranschlägen, Extremwetterereignissen, möglicher Grundwasserverseuchung etc.

Erstaunlich und fast beunruhigend für unsere Gruppe war die Feststellung, dass es bis dato keine klare Richtung gibt, welche Optionen empfohlen werden. Österreich drohen noch einige Strafzahlungen wegen säumiger Endlagervorschläge.

Generell bestand Einigkeit darüber, dass es mehr Information für die Bevölkerung braucht. Zu wenige Leute wissen über das Thema Bescheid.

Am 5. November 2023 ist der 45. Jahrestag der Abstimmung zu Zwentendorf, möglicherweise ein guter Zeitpunkt, um Bewusstsein in der Bevölkerung für die radioaktiven Abfälle zu schaffen.

Der Beirat wird die Ergebnisse dieser Konferenz als Empfehlungen der Bundesregierung vorlegen.

Österr. Ökologie-Institut